



Sinnlose Verkehrspolitik

Was die Grünen in dieser Stadt, mit Billigung der SPD, verkehrspolitisch veranstalten, spottet jeder Beschreibung. Hunderttausende Euro werden für sinnlose Projekte verpulvert, während viele Berliner Schulen verfallen. Den Schülern eines Gymnasiums droht nach den Ferien wieder Homeschooling, weil ihr Schulgebäude unbenutzbar ist. Am Rosa-Luxemburg-Gymnasium in Pankow wurden schon zwei Millionen Euro für die Planung eines dringend benötigten Erweiterungsbaus ausgegeben, den es nun erst einmal nicht geben wird. Und wenn, irgendwann, beginnen die Planungen und die damit verbundenen Kosten von vorne. Den ganzen erschreckenden Beitrag können Sie in der rbb-Abendschau vom 24. 10.2022 sehen:

https://www.rbb-online.de/abendschau/videos/20221024_1930/Gymnasium-Europasportpark-Homeschooling-sanierung-krise-marcel-hopp.html

Was für das großartige Verkehrskonzept in der Friedrichstraße ausgegeben wurde, wissen wir nicht. Aber auch dieses Geld hat der in Verkehrsfragen grün dominierte Senat verbrannt. Das Berliner Verwaltungsgericht hat entschieden, dass die Sperrung der Friedrichstraße rechtswidrig ist. Die nächste Instanz kann natürlich wieder zu einem ganz anderen Ergebnis kommen. Aber erst einmal muss die Friedrichstraße für den Autoverkehr wieder freigegeben werden. Die ganzen Hindernisse, die zur Verschönerung dienen sollten, müssen beseitigt werden.

Aus Sicht des Gerichts liegen keine Voraussetzungen für eine Straßensperrung vor. „Bemängelt wird in dem Zusammenhang auch, dass ,ein auf **städtebaulichen Gesichtspunkten basierendes Verkehrskonzept**‘ gefehlt habe, um die Sperrung zu untermauern.“, schreibt die **Berliner Morgenpost**. Wozu braucht man ein Konzept, wenn man eine Vision hat?

Die Stellungnahme von Wirtschaftssenator **Stephan Schwarz** klingt nicht gerade so, als sei er über die Gerichtsentscheidung besonders traurig. „Gerade in der Friedrichstraße haben Gewerbetreibende seit Jahren mit verschiedenen Herausforderungen gleichzeitig zu kämpfen, angefangen von der Corona-Pandemie, über Baustellen und Sperrungen, und aktuell auch Auswirkungen der Energiekrise.“ „Bei zukünftigen Konzepten sei es deshalb umso wichtiger, die Gewerbetreibenden gut einzubinden und ihre Lage und Bedarfe fest im Blick zu haben, um weitere Belastungen zu vermeiden, betonte er.“

Die Grüne Verkehrssenatorin **Bettina Jarasch** zeigt sich erwartungsgemäß uneinsichtig. „Das Verfahren

zur endgültigen Umwandlung und die Einrichtung der Fahrradstraße in der Charlottenstraße laufen unabhängig von der heutigen Gerichtsentscheidung weiter.“ Ziel für die Friedrichstraße sei „eine gute dauerhafte Lösung als Fußgängerzone“. Gut für wen? Für die Fahrrad fahrende Klientel der Grünen in Mitte?

FDP-Fraktionschef **Sebastian Czaja** erklärte: „Wenn die eigene Ideologie dazu führt, dass einem offensichtliche Rechtsvorschriften und die Anliegen der Menschen vor Ort egal sind, dann ist das zutiefst problematisch.“ „Er forderte ein Gesamtkonzept, das die Aufenthaltsqualität erhöhe und für einen wirtschaftlichen Aufschwung Sorge.“

Für CDU-Partei- und Fraktionschef **Kai Wegner** war „diese Klatsche für den rot-grün-roten Senat absehbar.“ „Die Sperrung aus ideologischen Gründen sei eine Zumutung gewesen.“ „Die Geschäftsleute in der Friedrichstraße und den Nebenstraßen mussten deutliche Einbußen hinnehmen. Die Straße verkam zur Rennstrecke für Fahrradfahrer.“ „Die historische Mitte Berlins brauche ein nachhaltiges, vernünftiges Verkehrskonzept.“, fordert Wegner.

Robert Rückel, Vizepräsident der IHK Berlin, äußerte sich wie folgt: „Die heutige Eilentscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin macht deutlich, dass es weiterhin nicht gelungen ist, offene Fragen rund um die Entwicklung der Friedrichstraße zu klären. Viele Gewerbetreibende vor Ort sind unzufrieden mit der Sperrung der Straße und ihrer Gestaltung. Zur ehrlichen Analyse eines Versuchs gehört dabei auch, dass dieser ohne zufriedenstellendes Ergebnis nicht fortgeführt werden kann. Die Entscheidung sollte ein Startschuss für eine neue Qualität des Dialogs sein, bei dem gemeinsam mit allen Beteiligten tragfähige Lösungen für das gesamte Gebiet rund um die Friedrichstraße und den Gendarmenmarkt entwickelt werden.“ *Quelle: Berliner Morgenpost*

Sollte es im Frühjahr 2023 zu Neuwahlen kommen, haben die Grünen die Chance, stärkste Kraft zu werden. Beruhigend ist, dass dies schon mehrfach der Fall war, aber nie zum Sieg gereicht hat. Stets lief die SPD als erste durchs Ziel. 22 Prozent, laut September-Umfrage, bringen die Grünen auf die Waage. Das ist ein gutes Fünftel, aber alles andere als eine Mehrheit. Um die Ziele durchzusetzen, braucht man immer ein paar Mehrheitsbeschaffer. Wie lange will die Berliner SPD noch der Steigbügelhalter der Grünen sein? Gebracht hat es den Sozialdemokraten bislang nichts. Den kommenden Wahlkampf sollte die SPD vor allem gegen die Grünen führen.

Ed Koch